

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur  
Dr. G. G. G. G.  
Verlags- und Druckerei  
Auer, Erzgebirge  
Telegraphische Anzeiger  
Auer, Erzgebirge  
Telegraphische Anzeiger

120000 Durch unsere Seiten frei im Raum monatlich 4.50 Mt. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.50 Mt. Der Postbehalt und selbst abgeholt monatlich 13.50 Mt., monatlich 4.50 Mt. Durch das Briefträger frei im Raum monatlich 14.50 Mt., monatlich 4.50 Mt. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Preisbestimmungen und Anzeigenpreise, sowie alle Postanfragen und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind für die ersten 10 Zeilen pro Spalte und dem Bezirk Schwanberg 10 Pf., danach 5 Pf. pro Zeile. Kleinanzeigen für die ersten 10 Zeilen pro Spalte und dem Bezirk Schwanberg 10 Pf., danach 5 Pf. pro Zeile. Kleinanzeigen für die ersten 10 Zeilen pro Spalte und dem Bezirk Schwanberg 10 Pf., danach 5 Pf. pro Zeile. Kleinanzeigen für die ersten 10 Zeilen pro Spalte und dem Bezirk Schwanberg 10 Pf., danach 5 Pf. pro Zeile.

Nr. 156

Freitag, den 9. Juli 1920

15. Jahrgang

## Das Neueste vom Tage.

Die Entscheidung der Konferenz in Spa in der Entwaffnungsfrage ist gefallen: 8 Monate Aufschub zur Verringerung der Reichswehr auf 100 000 Mann; sofortige Entwaffnung der Einwohnerwehren, Stabskörper und Zivilpersonen; Auslieferung des gesamten der Friedensvertrag hinausgehenden Kriegsmaterials.

Im Falle der Nichterfüllung des Spa-Diktates können die Alliierten Besetzung weiterer deutscher Gebietsteile an.

Die Polen planen Putzheer zur Verhinderung der Abstimmung in Ostpreußen.

Die russische Offensive gegen Polen schreitet fort, Polen steht vor einer Katastrophe und erwartet Hilfe von den Westmächten.

## Im Kampfe um Ostpreußen.

Von unserem in das ostpreussische Abstimmungsgebiet entsandten Sonderberichterstatter Karl Brammer.

Allenstein, den 6. Juli 1920.

Die Städte und Dörfer des ostpreussischen Abstimmungsgebietes sind bereit, den Strom der Götter, der heimkehren soll, zu empfangen, der sich in den letzten Wochen vor der Abstimmung in das Land ergießt. Auf allen Bahnhöfen hallt es von Willkommensrufen wieder. Alles ist geschmückt mit Flaggen und Tannengrün, und herzlichster Willkomm gilt den Stimmsoldaten, die von Willau über See, oder die von Königsberg durch den polnischen Korridor kommen. Waren auch Schiffsreise und Bahnfahrt nicht immer leicht, anstrengend besonders für Mütter und Ältere Leute, so verschwindet doch das Spärchen Unmut und Müdigkeit sofort bei den starken herzlichen Gefühlen, die jetzt allenthalben im ostpreussischen Lande erkennbar sind. Ostpreussische Gastlichkeit ist Gastlichkeit, die von Herzen kommt und zu Herzen geht, und diese schönste ostpreussische Tugend hat sich gerade jetzt zu ungeahnter Größe entwickelt. In den Verpflegungsgeschäften duftet es nach Erbsen und Speck und anderen nicht minder herzlichen und nahrhaften ostpreussischen Gerichten. Die Ordner und die jugendlichen Helfer stehen von morgens früh bis abends spät auf den Bahnsteigen bereit, um den abstimmungsbedürftigen Heimkehrern zu helfen und ihnen Auskunft zu geben oder um sie in die Quartiere zu weisen, die für sie bestimmt sind. Gewiß keine leichte Arbeit, wenn man bedenkt, daß auch Ostpreußen unter der Wohnungsnot ebenso leidet, wie das übrige Deutschland; wenn man bedenkt, daß Allenstein allein einen Zustrom von 5000 Menschen zu erwarten hat. Aber doch ist es möglich gemacht worden, was unumgänglich schien und für jeden Heimkehrer ist ein freundliches Quartier geschaffen worden. Ostpreussische Gastlichkeit schafft sich auch ihren lauten und herzlichen Ausdruck. Überall werden von den Städten Empfangsabende veranstaltet, überall werden auch noch in den letzten Wochen vor der Abstimmung Heimatfeste gefeiert, u. a. in Ortelshaus, Schossburg und Reidenburg. Für Allenstein sind zudem noch besondere Veranstaltungen geplant worden. Also in allem ist die Gastfreundschaft gegen 100 000 Standesgenossen in einer Art verwirklicht worden, die wirklich noch nicht da war, und die — wenn man Vergleiche ziehen will — nur erinnert an die Art, wie 1914 unser einziehendes Heer behandelt wurde.

Aber es ist nicht das Gefühl der Gastfreundschaft allein, das sich jetzt in ganz Ostpreußen so überwältigend Bahn bricht. Verbunden mit diesem Gefühl, aber noch größer ist bei Gästen, als auch bei Gastgebern das Heimatgefühl. In ein riesenmäßiges es gewachsen. Nicht sentimentale Redensarten und nicht begehrte Darlegungen können es schildern. Das Heimatgefühl des Ostpreußen äußert sich durch die Tat und diese Tat zeigt sich am 11. Juli. Schon bevor wir in dieses Land kamen, wußten wir, daß polnische Begehrlichkeit sich hier nutzlos anstrengen würde. Dieser Eindruck ist jetzt nur noch verstärkt worden. Die Niederlage der Polen wird wohl ganz zweifellos katastrophal werden. In aller Offenheit wollen wir allerdings darauf hinweisen, daß in Ermangelung im Gebiet zwischen Allenstein und Dierowde wohl hier und da Gemeinden gibt, in denen die Polen zwar nicht die Majorität erreichen werden, in denen aber vielleicht eine Minderheit das Ergebnis der Abstimmung sein kann, die sowohl hier als auch an der Westgrenze des Abstimmungsgebietes einzelne Ortsgemeinden zu gefährdeten machen kann. Diese Minderheit so zu verkleinern, daß selbst schlechtester Wille nicht erreicht, Gebiete aus Ostpreußen herauszufinden, die deutsch sind, das ist der Wille der Bevölkerung. Dieser Wille wird zur Tat und diese Tat wird zum Siege werden.

## Der bevorstehende Polenputsch.

Aus Marienwerder kommt die Nachricht, daß 500 polnische Zivilisten im Anmarsch seien, und daß die Polen eine Sitzung der Abstimmung planen. In Deutsch Eylau ist es bereits zu schweren Ausschreitungen der Polen gekommen. Im Kreise Stuhm deuten zahlreiche Waffenfunde auf Putzheerbereitungen hin. Polnische Agenten versuchen in der Masse deutscher Fabrikanten unter dem Hinweis

auf den nahen Zusammenbruch Polens infolge der russischen Siege die deutsche Bevölkerung und die deutschen Grenztruppen zum Einfall in Polen zu bewegen, um dadurch einen Aufschub der Abstimmung rechtfertigen zu können.

## Die Konferenz in Spa.

Entscheidung in der Entwaffnungsfrage.

Sechs Monate Aufschub.

Spa, 8. Juli.

Als die deutschen Delegierten heute mittag um 12 Uhr vor der Villa Francause vorfahren, mußten sie unverrichteter Dinge wieder zurückkehren. Die Sitzung konnte nicht ausgenommen werden, da die Beratung der Alliierten noch nicht zu Ende geführt war. Der Beginn der Sitzung wurde auf 4 Uhr nachmittags verschoben. Die Alliierten wünschten die Lage zu besprechen die durch das Ausbleiben einer Einigung der Abrüstungskommission entstanden ist. In der Luftkommission entstanden ebenfalls Meinungsverschiedenheiten. Das Ergebnis der Besprechungen der Kommissionen wurde von Marshall Foch in einem Berichte zusammengefaßt. Die heutige Sitzung der Konferenz wurde um 1/4 Uhr im Schlosse de la Francause eröffnet. Lloyd George teilte sofort im Namen der Alliierten mit,

daß Deutschland sofort zur Entwaffnung der Einwohnerwehr und der Sicherheitspolizei schreite, für die Herabsetzung der Heeresstärke auf 100 000 Mann eine Frist von 6 Monaten zugebilligt sei; die Herabsetzung des Heeres habe in zwei Raten, bis zum 1. Oktober 1920 auf 150 000, bis 1. Januar 1921 auf 100 000 stattzufinden.

Minister Dr. Simons betonte, daß eine so bedingte Fristverlängerung eine einseitige Auflage der Entente darstellen würde, nicht ein Abkommen unter den verhandelnden Parteien. Lloyd George entgegnete, daß die Alliierten darauf beständen, daß wir das Programm mit diesen Abmachungen annehmen. Demgegenüber erklärte Minister Dr. Simons, daß wir das nicht tun könnten, ohne vorher eingehend über die Angelegenheit beraten zu haben.

Die Konferenz wurde hierauf um 5 Uhr auf Freitag vormittag 11 Uhr vertagt. Die Mitglieder der deutschen Delegation sind sofort nach ihrer Rückkehr von der Konferenz zu einer Besprechung zusammengetreten.

## Die Sitzung vom Mittwoch.

Das deutsche Abrüstungsprogramm.

Zu Beginn der Sitzung der Konferenz, die nachmittags 1/4 Uhr zusammentrat, sprach Reichskanzler Fehrenbach zunächst sein Bedauern darüber aus, daß angesichts der Schwierigkeiten der Entwaffnungsfrage die Gegenseite nicht damit einverstanden sei, die militärische Frage im Zusammenhang mit den anderen Fragen zu besprechen. Er teilte sodann mit, daß die deutschen Delegierten einschließen seien, die Wünsche der Alliierten nach Vorlegung bestimmter Vorschläge in der Entwaffnungsfrage zu erfüllen. Reichsminister Dr. Simons schilderte zunächst die Schwierigkeiten, die für Deutschland mit der sofortigen Ablieferung des Heeresmaterials und gleichzeitiger Herabsetzung der Truppenstärke verbunden seien, da man, um das Material zu erlangen, im Postfalle Truppen einsetzen müsse, und man auf eine ausreichende Sicherung der Produktion nur verzichten könne, wenn die wirtschaftlichen Vereinbarungen in Spa Deutschland industriell und finanziell über die schwere Krise dieses Sommers hinweghelfen. Trotzdem wollten wir dem Wunsche Lloyd Georges entsprechen, bestimmte Daten und Zahlen über die Materialablieferung und Heeresverminderung zu geben. Wir begten aber die Erwartung, daß die Alliierten bei ihren weiteren Verhandlungen Verständnis für unsere wirtschaftliche Lage bewiesen, daß sie uns bei Unterdrückung des Waffenschmuggels aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet beständen und daß sie insbesondere auf den Abmarsch der Garnisonen aus der sogenannten neutralen Zone nicht beständen, da andernfalls dort Revolten, zumindest aber schwere Unruhen und Plünder der letzten Industriekreise unvermeidlich seien. Darauf legte General von Seeckt ausführlich den Plan der Ablieferung des rückständigen Heeresmaterials und der allmählichen Herabsetzung der Truppenstärke dar. Für die erstere gab er ein Jahr, für die letztere 1 1/2 Jahr als Termin an und ging besonders auf die große Zahl der in Deutschland noch befindlichen Gewehre ein, von denen rechnungsmäßig noch beinahe drei Millionen abzuliefern seien und fast zwei Millionen keinen nachweisbaren Verbleib hätten. Die Verminderung der Reichswehr könne daher nur sehr allmählich erfolgen. Sie solle bis zum 1. Oktober 1920 auf 180 000 Mann, bis 1. Januar 1921 auf 180 000 Mann, bis 1. April 1921 auf 160 000 Mann, bis 1. Juli 1921 auf 180 000 Mann

schließlich bis 1. Oktober 1921 auf 100 000 Mann durchgeführt werden. Entsprechend würden die Infanteriebrigaden reguliert und gewisse Hilfsstruppen beschleunigt aufgelöst werden. Für eine besondere Vespredung der militärischen Sachverständigen meldete er noch eine Reihe von Wünschen zur Erleichterung der Verwaltung des Truppenrestes an, die weder zahlenmäßig noch grundsätzlich dem Friedensvertrag widersprechen.

Lloyd George kritisierte die deutschen Vorschläge in längerer Rede. Die eigenen Angaben des Generals zeigten, wie berechtigt die diese Besorgnis der Alliierten vor dem gegenwärtigen militärischen Zustand Deutschlands sei, da jetzt über die im Friedensvertrag zugelassene Zahl hinaus noch 3 Millionen Bewaffnete sich im Lande befänden. Das bedeute eine beständige Bedrohung nicht nur der deutschen Regierung selbst, sondern aller Nachbarstaaten mit bolschewistischer Angriffen. Er begreife nicht, wie die deutsche Regierung daran denken könne, solche Zustände auch nur 5 Wochen geschweige denn 6 Monate lang zu dulden. Sie solle jetzt eine Probe ihrer Macht geben. Die geforderte Verlängerung der Fristen ginge weit über das notwendige Maß hinaus. Im übrigen schlug Lloyd George vor, daß die militärischen Sachverständigen der beiden Parteien sich über die im einzelnen abzuhebenden Ziffern betreffend das Heeresmaterial sowie über die Durchführung der Klassen wegen der Marine- und Luftflotte sofort verständigen sollten, und daß die Leiter der alliierten Delegationen mit ihren militärischen Hauptfachverständigen die Vorschläge der deutschen Regierung beraten sollten. Morgen um 12 Uhr würde dann die endgültige Antwort auf die Vorschläge erteilt werden.

Nach einigen Schlussworten des Ministers Dr. Schmidt, der für die Beratung der Alliierten Dislokationsarten für die Heeresstärke von 200 000 Mann und von 100 000 Mann übergeben wurde die Sitzung um 6,45 Uhr geschlossen und die nächste auf Donnerstag mittag anberaumt. Nach der Sitzung traten sofort die militärischen Sachverständigen zu der vorgeschlagenen und deutscherseits angenommenen Sonderbesprechung zusammen. Dabei wurde über die Ziffern des Heeresmaterials Einverständnis erzielt.

## Simons und Lloyd George.

Es ist bekannt, daß bei den militärischen Verhandlungen als Wortführer der Alliierten Lloyd George auftritt, und zwar, wie schon gesagt, in einer nicht gerade freundlichen Weise. Der Wortführer der Entente bei den Wirtschaftsfragen wird Millerand sein. Es ist zu hoffen, daß diese Auswahl dem Fortgang der Dinge günstig sein wird.

Ein wichtiger Umstand ist die Rolle des deutschen Ministers des Äußern Dr. Simons bei den Verhandlungen. Es kann festgestellt werden, daß Dr. Simons in sehr gefährlichen Augenblicken die Situation gerettet hat. Sowohl nach der Rede Giffers, wie nach der Rede Fehrenbachs hat er Mißverständnisse beseitigt, Fehler gut gemacht und den Horn Lloyd Georges gut pariert. Das übereinstimmende Urteil der alliierten Vertreter geht dahin, daß Dr. Simons der führende Kopf der deutschen Delegation ist.

Das Verhandlungsgeschehen des Ministers Simons

zeigte sich in hellem Lichte, als Lloyd George erklärte, obgleich Frankreich 1871 geschlagen war, habe es doch rasch den schweren Zustand der Kommune niederwerfen können. Darauf antwortete Minister Simons klar und fest: Deutschland hat aber auch Frankreich die Mittel gelassen, eine Armee zu unterhalten, die stark genug war, um die Revolte niederzuschlagen. Dagegen bemerkte Lloyd George, aber eine ferische Regierung müsse doch Herrin in ihrem eigenen Lande sein. Das veranlaßte Reichsminister Simons zu sagen: Sie sind, Herr Präsident, der Chef eines sehr großen und sehr blühenden Reiches, jedoch habe ich sagen gehört, daß es Ihnen Leuten nicht leicht gefallen sei, Rebellen zu veranlassen, die Waffen zurückzugeben, deren Sie sich bedienten, um reguläre Truppen anzugreifen. Ich weiß nicht einmal, ob es Ihnen bis heute gelungen ist. Ich erwarte deshalb von Ihnen, daß Sie ein wenig Nachsicht mit einer notwendigerweise schwachen Regierung haben werden, die ein geschlagenes Land regieren muß, wo Unordnung herrscht.

Der Zwischenfall soll auf alle Zuhörer einen starken Eindruck gemacht haben.

## Korfanty in Spa.

Wichtige Beschlüsse betreffs Oberbeschießens.

Wie in Berliner parlamentarischen Kreisen verlautet, will bei normalem Verlauf der Konferenz von Spa die deutsche Regierung auch die polnische Frage in Spa ansprechen, um zu erreichen, daß Polen seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag einhält. Die Durchführung von Kriegsmaterial der Entente durch Deutschland nach Polen wird, wie verlautet, die deutsche Regierung nicht zulassen.

Im Auftrage des polnischen Ministeriums des Auswärtigen hat sich auch der Vorsitzende des polnisch-oberbeschießens Abstimmungskomitees Korfanty nach Spa begeben; er hatte, so sagte er, zu erreichen.

gen.

ten in (ant-

umhaft

kauf

ter Braufe,  
schnitt K  
seiten sind  
schlossen ist.  
Stadt.

iefel

n.  
Paßform.

anderen

aren

u. —

Bahnhof-

straße 36.

tag selbst

u. f. s. s.

See-

inbutt

arisch

or. 272.

id!

rein, lose

aus der

und Güte.

dufer!

ge 38.

arbeiten.

Deutsch-

gebrauchs-

leben. —

arkt 7.

geb.

der 988.

che

arate

im Welt.

den be-

den be-

weiche

erg.

X 2 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m

X 3 m